

M.I.P.

**Mouvement
Indépendant
Populaire**

LISTE

3

WAHLNUMMER

Keine leeren Worte - aber handeln

JUNI 1964

So kann's nicht weitergehen!

Nachdem der Vizepräsident der sang- und klanglos abgetretenen Kammer dem letzten i das letzte Tüpfel aufgesetzt und alle Volksvertreter einmütig das a von sich gegeben hatten, hat das hektische Treiben der letzten Monate einer in mancher Hinsicht unvergeßlichen Legislaturperiode endgültig der eigentlichen Wahlkampagne Platz gemacht.

Und so finden wir nun die gleichen Marionetten wieder, die durch die Lande ziehen und mit ihren Busenfreunden um Stimmen betteln gehen.

Das eigenartige an dem ganzen „Freilichttheater“ ist die Art und Weise wie die gleichen Herren, die bis dahin alle aus dem gleichen Munde sprachen — ob sie links oder rechts saßen — auf einmal nichts mehr von alledem wissen, was sie in der großen Landesarena verzapft haben, wenn sie überhaupt Zeit fanden, dort zu erscheinen.

Die gleichen Herren, 52 an der Zahl, die sogar die ihnen vom Wähler auferlegte Pflicht vergaßen und blind Gesetze stimmten, die sie nicht einmal gelesen hatten und die faul waren, noch ehe sie geboren wurden.

Im Hinblick auf die kommende Konstellation, die seit den letzten Gemeindewahlen von den Sozialisten mit den alten, abgedroschenen Phrasen angestrebt und gar in eigennützigster Weise erhofft wird (so daß sie nun schon die Minister-sessel verteilen, noch ehe der Wähler sich ausgesprochen hat), gab es sogar das größte Schauspiel dieser verlängerten, nun aber unwiderruflich abgeschlossenen, letzten Legislaturperiode einer Epo-

nagt hat, möchte heute die Partei der Herren Werner und Fischbach ein Wunder bewirken und aus dem „Batz“ wieder einen ganzen Franken hervorzubauern.

Auch morgen muß die Kasse stimmen! Drum wird der Index erst nach den Wahlen wieder steigen . . .

Vertrauen gegen Vertrauen! Wem gebe ich am 7. Juni meine Stimme?

Wer glauben will, soll selig werden!

Aber wer glaubt eigentlich noch blind diesen Wortverdrehern, was sie nun bis in die kleinsten Dörfer hinaustragen und — wie ist das nur möglich — auf einmal versprechen wollen. Dinge sogar, die ein M. F. vor Wochen noch als Utopie und undemokratisch bezeichnete.

Wahlgeflüster, Lippenbekenntnisse, die nichts kosten und die nach den Wahlen — wenn man seinen alten Stammsitz gerettet hat — bald wieder vergessen sind.

Die C. S. V. hat als erste ihre Plakate ins Land geschickt. Sie rühmt sich dieesr besonderen Idee und des schönen Franken, der einer krankhaften Phantasie entsprungen ist, um die Dummen auf den Leim zu treiben.

Von weitem sieht das ganze eigentlich eher aus wie ein angeschlagenes Ei, das man in die Pfanne wirft. Aus der Nähe betrachtet, entpuppt er sich tatsächlich als ein abgenagter „Batz“ an dem nicht viel übrig bleibt.

Komisch an dem lächerlichen Vergleich ist leider die Tatsache, daß gerade diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, den guten Luxemburger Franken sei-

Die Versprechen sind nach altem Muster neu aufgeputzt. Man verspricht eben jedem, das was man ihm bisher vorenthielt, in der Hoffnung, die verlorenen Stimmen doch noch zu bekommen.

Man war ja bisher in Opposition oder man geht wieder dorthin zurück. Und man will den alten, abgefahrenen Weg nicht aufgeben. Der dumme Wähler hatte bisher ja doch keine andere Wahl.

Was schert es die einen wie die anderen, ob der dumme Wähler andere Wünsche hat und ob seine Wünsche tragbar sind oder nicht.

Nur drauf los schwadronieren, und lügen, nur weiter lügen! Das hilft immer noch. Nur immer brav den andern Parteien die ganze Schuld aufbürden!

Der dumme Wähler glaubt uns doch — er wählt ja doch, weil er muß . . .

Aber diesmal nicht so! Denn so kann's nicht weitergehen.

So darf's nicht weitergehen!

Die Privatbeamten haben diesmal gelernt und die Erfahrung macht sogar den Unerfahrenen klug.

Die „loi unique“ war ein Hohn! Sie ist ein Hohn solange sie bestehen bleibt. Man ging soweit sogar und sagte den Privatbeamten nach, sie wollten anderen Gruppen nichts gönnen. Nicht einmal dem Bruder Arbeiter aus der Salariatsgruppe, der in Wirklichkeit genau so an der Nase herumgeführt wurde wie sie und von der sogenannten Arbeiterpartei verkauft wurde für einen Judas-lohn — einer Koalition mit der C.S.V., der Partei mit den großen Traditionen.

Betrachtungen zu den Kammerwahlen

Liebe Wählerin,
Lieber Wähler!

Am 7. Juni wirst du zu den Wahlurnen schreiten, um mit deinen Stimmen aktiv an der künftigen politischen Entwicklung unseres Landes teilzunehmen. Es ist dies ein sehr ernster Gang, und dein Entscheid, wem du deine Stimmen schenkst, muß ein wohlüberlegter sein.

Wenn du die sogenannten Rechenschaftsberichte der jetzigen Parlamentshäupter überblickst, könntest du glauben, es wäre alles in bester Ordnung, es wäre Unwahrscheinliches geleistet worden. Glaubst du aber den Kritikern der Opposition, dann ist dem nicht so, dann waren die verflossenen fünf Jahre politisch unproduktiv.

Wie sieht nun die Wirklichkeit aus?

Zur Beurteilung wollen wir nur die zwei großen Prunkstücke — die Staatsbeamtengehälterrevision und die Rentenreform — kurz betrachten.

Bei der Gehälterrevision ging es diesmal wie gewöhnlich ganz hierarchisch zu, das heißt: Wer ein dickes Gehalt hatte, bekam auch viel beigegeben. Und trotzdem kostet für den kleinen wie für den höheren Beamten das Pfund Butter 42 Franken. Ersterer kann sich mit dem jährlichen Mehrverdienst kaum einen Kühlschrank kaufen, letzterer aber ein schönes Auto. Ist das die angepriesene Gleichstellung eines jeden Bürgers im Staate?

Zum Rentenreformgesetz ist schon soviel bemerkt und geschrieben worden, daß es anzunehmen ist, jeder im Lande weiß, was gut und was schlecht daran ist. Es ist nur bedauerndwert, daß ein Projekt, das vier Jahre Studium und Vorarbeit gefordert hat, plötzlich in wenigen Monaten zum Gesetz befördert wurde. Hauptsächlich, wenn es sich um solch ein weittragendes Gesetz wie die „Loi Unique“ handelt. Ebenfalls ist zu bedauern, daß wohldurchdachte Vorschläge von Seiten einer neutralen Federation so wenig Beachtung gefunden haben.

Was schlußendlich am meisten zu bedauern ist, das ist die Einstimmigkeit, mit der obiges Gesetz verabschiedet worden ist. Jeder unserer Deputierten hatte eben Angst, er würde einige Wahlstimmen verlieren, wenn er dagegen stimmen, oder sich der Abstimmung enthalten würde.

Wir fragen dich nun, lieber Wähler: Ist diese Einstimmigkeit der Reflektor der Meinung des gesamten Luxemburger Volkes?????

Also . . . Dann denke am 7. Juni daran und wähle wieder wahre Volksvertreter, wähle die Kandidaten des Mouvement.

Schwärze den Kreis über Liste 3 oder, wenn Du verschiedenen Kandidaten unserer Liste den Vorzug geben willst, dann gib diesen Leuten deine Stimmen. Achte jedoch darauf, daß keine Stimme verloren geht.

Stimme immer auf Liste 3, die Liste der Erneuerung und der Läuterung. Bist du krank oder bist du irgendwie behindert, dich zu deinem Wahlbüro zu begeben, so wende dich vertrauensvoll an die Kandidaten des Mouvement. Du wirst zu Hause abgeholt und wieder zurückbegleitet.

Denk am 7. Juni an die Zukunft unserer Heimat.
Denk an die Zukunft unserer Jugend.

Denk wie das Mouvement und wähle seine Kandidaten auf Liste

3

überhaupt Zeit fanden, dort zu erscheinen.

Die gleichen Herren, 52 an der Zahl, die sogar die ihnen vom Wähler auferlegte Pflicht vergaßen und blind Gesetze stimmten, die sie nicht einmal gelesen hatten und die faul waren, noch ehe sie geboren wurden.

Im Hinblick auf die kommende Konstellation, die seit den letzten Gemeindewahlen von den Sozialisten mit den alten, abgedroschenen Phrasen angestrebt und gar in eigennützig Weise erhofft wird (so daß sie nun schon die Ministeressel verteilen, noch ehe der Wähler sich ausgesprochen hat), gab es sogar das größte Schauspiel dieser verlängerten, nun aber unwiderruflich abgeschlossenen, letzten Legislaturperiode einer Epoche, die keinesfalls noch zeitgemäß ist.

Denn wir stehen heute, ob die herkömmlichen Parteien es einsehen oder nicht, in einer unabwendbaren Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen, ja sogar politischen Verhältnisse, die neue Formen verlangt, denen die bis dahin herrschenden Systeme nicht mehr gerecht werden.

Nach langen Jahren des Darbens, das man ihnen aufzwingen, warf man ohne gründliche Überlegung den unzufriedenen Staatsbeamten — die Eisenbahner nicht zu vergessen — die letzten Vorrate in die Krippen und leerte unbedenklich den armen Staatsäckel.

Dann kam das einzigartige Kukucksei der „loi unique“, dem ein Zwitterding unbeschreiblicher Art entschlüpfte, das man teils mit den durch andere Gesetze aufgezwungenen Reserven aus den Pensionskassen der Arbeiter und der Privatbeamten fütterte und nun mit neuen Lasten großziehen möchte. In einer vorzeitigen, kaum vorbereiteten Gleichmacherei, durch die man das Salariat seiner alten Privilegien beraubte, ohne jeglichen vernünftigen Grund.

Der letzte große Schlag wurde dann am letzten Tag gegen eine ganze Generation ausgeführt; und — i a — nun können alle zufrieden zu den Wahlurnen schreiten.

Drum wähle am 7. Juni
Ja, wen denn eigentlich?

Man sage mir doch sachlich und fair, wen ich als braver Bürger wählen soll?

C. S. V.! Ach nein, das wäre ja gelacht! Nachdem man Hohn und Spott mit dem dummen Wähler getrieben hat, jahrzehntelang, und den guten Franken tatsächlich bis auf den armseligen „Batz“ abge-

nach dem Wähler seinen alten Stammsitz gerettet hat — bald wieder vergessen sind. Die C. S. V. hat als erste ihre Plakate ins Land geschickt. Sie rühmt sich dieser besonderen Idee und des schönen Franken, der einer krankhaften Phantasie entsprungen ist, um die Dummen auf den Leim zu treiben.

Von weitem sieht das ganze eigentlich eher aus wie ein angeschlagenes Ei, das man in die Pfanne wirft. Aus der Nähe betrachtet, entpuppt er sich tatsächlich als ein abgenagter „Batz“ an dem nicht viel übrig bleibt.

Komisch an dem lächerlichen Vergleich ist leider die Tatsache, daß gerade diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, den guten Luxemburger Franken seiner alten, ach so gesunden Kaufkraft zu berauben, sich als dessen einzige Retter bezeichnen.

Rot-weiß-blau sind die Kommunisten auf einmal geworden, trotzdem jedes Kind weiß, daß Rot ihre wirkliche Farbe ist und die Farbe der Unschuld ihnen schon in der Wiege fehlte, wogegen Blau das Privileg einer Gruppe ist, die noch immer den richtigen Namen nicht gefunden hat.

Die Sozialisten haben ihrerseits ihre Parteibonzen in den Kampf geschickt (frei nach „Wort“ für Wahrheit und Recht) und geben sich auf einmal recht bescheiden.

Doch Spaß beiseite. Lesen wir nun mal die vielen Wahlnummern durch, die uns seit 14 Tagen ins Haus geflattert kommen. Aber vor lauter Bäumen ist es schwer, diesen ungeheuren Blätterwald zu durchwandern.

Man verspricht alles! Warum auch nicht, es kostet ja nur ein bißchen Tinte, mal rot mal blau.

So darf's nicht weitergehen!
Die Privatbeamten haben diesmal gelernt und die Erfahrung macht sogar den Unerfahrenen klug.

Die „loi unique“ war ein Hohn! Sie ist ein Hohn solange sie bestehen bleibt. Man ging soweit sogar und sagte den Privatbeamten nach, sie wollten anderen Gruppen nichts gönnen. Nicht einmal dem Bruder Arbeiter aus der Salariatsgruppe, der in Wirklichkeit genau so an der Nase herumgeführt wurde wie sie und von der sogenannten Arbeiterpartei verkauft wurde für einen Judaslohn — einer Koalition mit der C.S.V., der Partei mit den großen Traditionen.

Man bedauerte die armen Privatbeamten, denen keiner mehr helfen konnte, weil der heilige Geist nicht kommen wollte. Oder man malte ihnen sogar das Kainszeichen an die Stirne — um ihnen in den Kulissen Trostpflasterchen darauf zu kleben, damit sie stillhielten.

Man lud sie von links und rechts zu Besprechungen ein und öffnete ihren Vertretern sogar großzügig die eigenen Wahllisten, um sie dann umso kaltblütiger abschlichten zu können.

Die armen Zwangsrekrutierten dagegen ließ man einfach in der Schmollecke vermodern und betrachtete sie als dumme Buben, die nicht wissen was sie wollen, bis daß sie zur Selbsthilfe griffen und sogar das Ausland aufhorchen ließen. Nun möchte man — aber zu spät — das Nationalproblem für die eigene Wahlkampagne als Vorspan einsetzen.

Den abgeschriebenen Bauern, einer aussterbenden Volksgruppe,

Was schließlich am meisten zu bedauern ist, das ist die Einstimmigkeit, mit der obiges Gesetz verabschiedet worden ist. Jeder unserer Deputierten hatte eben Angst, er würde einige Wahlstimmen verlieren, wenn er dagegen stimmen, oder sich der Abstimmung enthalten würde.

Wir fragen dich nun, lieber Wähler: Ist diese Einstimmigkeit der Reflektor der Meinung des gesamten Luxemburger Volkes?????

Also . . . Dann denke am 7. Juni daran und wähle wieder wahre Volksvertreter, wähle die Kandidaten des Mouvement.

Schwärze den Kreis über Liste 3 oder, wenn Du verschiedenen Kandidaten unserer Liste den Vorzug geben willst, dann gib diesen Leuten deine Stimmen. Achte jedoch darauf, daß keine Stimme verloren geht.

Stimme immer auf Liste 3, die Liste der Erneuerung und der Läuterung. Bist du krank oder bist du irgendwie behindert, dich zu deinem Wahlbüro zu begeben, so wende dich vertrauensvoll an die Kandidaten des Mouvement. Du wirst zu Hause abgeholt und wieder zurückbegleitet.

Denk am 7. Juni an die Zukunft unserer Heimat.

Denk an die Zukunft unserer Jugend.

Denk wie das Mouvement und wähle seine Kandidaten auf Liste

3

warf man noch rasch vor Toreschluß etwas Heu in die leeren Krippen, um den guten Hafer für sich und die willenslosen Günstlinge behalten zu können.

Das arme Fußvolk, die zappelnden Handwerker und die im EWG-Meer ertrinkenden kleinen Geschäftsleute ließ man kaltblütig weiter schwimmen. Und wer von ihnen heute noch nicht ganz ersoffen ist, den füttert man eben mit Wahlversprechen.

Sie müssen ja doch alle wählen. Wenn nicht die einen, dann eben die anderen. Die kleine Stimmenverschiebung nach links oder nach rechts spielt keine Rolle. Dann gibt es eben eine neue Koalition; es ist ja ganz egal ob sie schwarz-blau oder schwarz-rot sein wird.

Dann ist der Minister a. D. mal wieder Minister oder der Minister ist wieder a. D. Die paar Jahre oder Monate, die er für die selbstgestimmte Pension noch braucht, erhält er eben das nächste Mal.

Und die übriggebliebenen Kommunisten zählen ja nicht; die sind ja nur da, um die Demokratie zu dokumentieren. Denn auf diese kaum ernst zu nehmende Minderheit braucht man doch keine Rücksicht zu nehmen. Laßt sie nur reden; man geht inzwischen anderen Geschäften nach, die einträglicher sind.

Ja, so war's bis heute in unserem demokratischen Parlament, wo die verkappte Diktatur einiger seßhaften Parteibonzen vorherrschte und das Fußvolk sich mit den Brosamen zufrieden geben mußte.

Aber so darf's nicht weitergehen.

Die Lage ist keinesfalls rosig, trotzdem der Wohlstand im Lande herrscht.

Trotzdem die Staatsbeamten nun im Gelde schwimmen und dem Herrn Werner zu Dank verpflichtet sind.

Trotzdem die alten Rentner nun endlich menschenwürdigere Renten erhalten haben (sollen).

Trotzdem man die Pensionskassen des Salariates mit einem Federstrich von der überholten Kapitalhortung befreite.

Trotzdem man den Bauern ein Pflasterchen auf die schwärende, nun fast unheilbare Wunde klebte.

Trotzdem man nun mit den alten Tricks die Schwankenden und die Nicht-Organisierten günstig zu stimmen versucht, um am kommenden Zahlag nicht alle Federn zu verlieren.

Trotzdem man die Unzufriedenen, wenn auch eher zaghaft und mit samtene Pfoten, zu streicheln versucht, um am kommenden 7. Juni doch noch ihre kostbare Stimme zu gewinnen.

Aber wo bleibt dabei das Allgemeinwohl im Lande vom Blanne Jang? Wo bleibt die feste Grundmauer auf die wir die Zukunft unseres Landes aufbauen müssen, um stark und gesichert in die europäische Union eingehen zu können?

Eingehen? Doch hoffentlich nicht im Sinne von untergehen?!

Nein, nein, das darf auf keinen Fall sein. Darum müssen wir mit diesem Katz- und Mausspiel, mit dieser überholten Parteipolitik Schluß machen, ehe es zu spät ist.

Wir müssen nun endlich uns wieder besinnen und diesen klebrigen Parteigeist beiseite räumen. Und wie vernünftige Menschen die Ärmel hochkrempeln, um uns gemeinsam an die Arbeit heranzumachen, ohne schon vorher die

(Fortsetzung auf Seite 2)

● Gouverner c'est faire croire

● Gouverner c'est dépenser

● Gouverner c'est rien faire

● Gouverner c'est obéir

● Gouverner c'est prévoir et agir

C.S.V.

S.A.P.L.

D.P.

K.P.

M.I.P.

Choisissez - mais choisissez bien

Votez M.I.P. Votez liste

3

Elteren a Frenn vun onse „Jongen“! Enrôlés de Force an RAD, KHD an Wehrmacht! Letzeburger Vollek!

Die Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlés de Force und die Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme haben dem Mouvement Indépendant Populaire ihre volle Unterstützung bekundet durch den Entscheid, zwei Kameraden der Zentralvorstände, nach entsprechender Demission, ihrer Funktionen zu entbinden, damit sie sich für die Lösung des Problems der „Jongen“ auf politischer Ebene einsetzen können.

Es handelt sich um Roby TIX, bisher Präsident der Association, Mitglied des Fédérationscomités, Sekretär der Sektion Esch-Alzette und Mitglied der LLMIG, und Ady RISCH, ehemals Secrétaire Général der Fédération, Redakteur des Bulletin „Les Sacrifiés“ (Kennzeichen a. r.), Mitglied der Fédération Internationale, des Associationscomités, des Sektionscomité Luxemburg und der Anciens de Tambow.

**Vergeudet nicht Eure Stimmen!
Wählet einfach M.I.P. Liste 3!
Die Kameraden und Freunde
von Liste **3****

Jugend mit und ohne Tugend

Alle Welt beklagt und ärgert sich über die moderne Jugend.

Jugendorganisationen, Elternberater und vor allem Politiker kommen periodisch mit wunderartigen Rezepten um dem vermeinten Übel entgegenzuwirken. Und jedermann kann feststellen, daß wohl haufenweise Geld für zahllose Organisationen verschwendet, aber nichts wesentliches geändert wurde.

Das Wesentliche liegt nämlich nicht – und überhaupt nicht an den wirkungslosen Schriften einer sogenannten Familienpolitik.

Beide rufen eu-h alle auf, zu bedenken, daß die

zwangsrekrutierten Wahlkandidaten aller andern Listen sich dem Parteidiktat fügen müssen, wie damals am 19. Mai 1961 beim Votum des Schandvertrages;

daß die

Parteien die gerechte Lösung eures Problems nicht wollen, was sie am 5. Mai 1961 bewiesen haben;

daß

nur die Kandidaten der Liste 3 eine Garantie sind für die Lösung eures Problems.

Denn

die Kandidaten des M. I. P. sind keinem Parteidiktat unterworfen!

Alle Kandidaten des M. I. P. sind Freunde der Enrôlés de Force!

Das M. I. P. ist eure allerletzte Chance!

Das M.I.P. gedenkt die Familie zu fördern, wenn es dem Familienoberhaupt zu einem anständigen Lohn verhilft, damit er sich selbst helfen kann; alles andere ist unnützes Geschrei und unnütze Geldverschwendung am falschen Platz. Selbstverständlich geht es dem M.I.P. um einen Familienlohn, der vor einem noch zu bestimmenden Höchstekommen halt macht.

Das M.I.P. vertraut den Eltern voll und ganz.

Das M.I.P. vertraut auch der Lehrerschaft, die befähigt ist, eine

Anpassung des gesamten Unterrichtswesens an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt

Produktion, Wirtschaft und Verwaltung verlangen in immer größerem Maße qualifizierte Arbeiter und Handwerker, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler, Volkswirtschaftler und spezialisierte Beamte.

Es muß also mit der konservativen und reaktionären Schulpolitik in unserem Lande Schluß gemacht und das gesamte Unterrichtswesen endlich dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt angepaßt werden.

Der Geist muß ein anderer werden.

Unsere Hauptforderungen sind deshalb:

FÜR ALLE SCHULEN

Demokratisierung des Unterrichtes durch allgemeine Einführung von staatlichen Studienbeihilfen, die es jedem Luxemburger ermöglichen, die höchsten Bildungsgrade zu erlangen, wenn er dazu die Begabung und den Willen hat.

Schaffung eines allgemeinen Orientierungs- und Beratungsdienstes mit Spezialabteilungen für die verschiedenen Unterrichtssektoren.

Ausarbeitung der Gesetze und Reglemente nur durch Fachleute in enger Zusammenarbeit mit den interessierten Kreisen.

Hochwertiges Lehrpersonal sowie fortschrittliche Programm- und Unterrichtsgestaltung.

FÜR DIE VOLKSSCHULEN

Ausdehnung der Schulpflicht auf 10 Jahre für die Luxemburger, welche keine Gewerbeschule besuchen.

Ausbau des Unterrichtes in Naturlehre und Naturgeschichte.

Einbau von technischen und wirtschaftlichen Fächern in den Unterrichtsplan der Oberklassen.

Ausbildung des Lehrpersonals an Pädagogischen Instituten mit Hochschulcharakter. Abänderung des Gesetzes vom 7. Juli 1958 über das „Pädagogische Institut“ im Sinne der Anerkennung der in dieser Lehranstalt verbrachten Stagejahre als Studien mit Universitätsniveau.

FÜR DIE MITTELSCHULEN

Weitgefächerte Allgemeinbildung mit Bindung des Lehrstoffes an die Forderungen der modernen Berufs-

fen von Handwerk, Handel und Industrie.

Organisation des technischen Unterrichtes für die Berufsklassen der Metallabteilung (Mechaniker, Elektriker, Schlosser, Installateure usw.). Unterteilung des technischen Unterrichtes nach den drei Fachrichtungen Maschinenbau, Elektrotechnik und Bauwesen mit Ernennung von entsprechenden Fachvorstehern.

Abänderung der Gesetze vom 18. Juli 1924 über die Gewerbeschule in Esch-Alzette und vom 1. Dezember 1953 über die Gewerbeschulzentren, sowie der großherzoglichen Beschlüsse vom 18. März 1964 über die Professoren des gewerblichen Unterrichtes und vom 8. Oktober 1945 über die Revision des Gesetzes vom 5. Januar 1929 über das Lehrlingswesen, hinsichtlich folgender Forderungen:

Gliederung des gewerblichen Unterrichtes in drei Kategorien: technischer Unterricht, wirtschaftlicher Unterricht und allgemeiner Unterricht.

Hochschul- bzw. Universitätsstudium mit Abschlußdiplom für die Professoren des gewerblichen Unterrichtes und Gruppierung derselben in Professoren des technischen Unterrichtes, Professoren des wirtschaftlichen Unterrichtes und Professoren des allgemeinen Unterrichtes.

Schaffung einer Generaldirektion des gewerblichen Unterrichtes mit je einer Verwaltungsabteilung für die technische, wirtschaftliche und allgemeine Unterrichtskategorie. Besetzung der führenden Posten nur durch Fachleute mit abgeschlossener Hochschulbildung (Ingenieure, Volkswirtschaftler).

Ausbau der Gewerbeschulen durch Einführung von gesetzlich verankerten Fortbildungs-, Meister- und Umschulungskursen.

Einführung eines Schlußexamens mit Abgangszeugnis an den Gewerbeschulen. Dispens für die Inhaber des Abgangszeugnisses vom allgemein- und fachtheoretischen Teil der Lehrabschlußprüfung.

Anpassung der Gesetzgebung über das Lehrlingswesen an diejenige über die Gewerbeschulen.

Gliederung der Lehrabschlußprüfung in Handwerk, Handel und Industrie in einen allgemeinthoretischen Teil, einen fachtheoretischen Teil und einen praktischen Teil.

Abhaltung der Prüfungen in der Allgemein- und Fachtheorie in den Gewerbeschulen und zwar durch Examenskommissionen, die sich nur aus Lehrpersonen zusammensetzen, welche in den entsprechenden Prüfungsfächern unterrichten.

FÜR DAS „INSTITUT D'ENSEIGNEMENT TECHNIQUE“

Abänderung des Gesetzes vom 3. August 1958 über das „Institut d'Enseignement Technique“ im Sinne des Ausbaues der „Ecole des Arts et Métiers“ zu einem autonomen „Lycée d'enseignement technique“ und der „Ecole Technique“ zu einer autonomen „Ecole d'ingénieurs-techniciens.“

Hochschul- bzw. Universitätsstudium mit Abschlußdiplom für die Professoren der Ecole des Arts et Métiers und Gruppierung derselben in Professoren des technischen Unterrichtes, Professoren des wirtschaftlichen Unterrichtes, Professoren des kunstgewerblichen Unterrichtes und Professoren des allgemeinen Unterrichtes.

Anerkennung des technischen Unterrichtes als zweiter Bildungsweg zur Erlangung von Universitäts- u. Hochschuldiplomen. Volle Anerkennung der von der „Ecole Technique“ verliehenen Abschlußdiplome als „Techniker“ und „Ingenieur-Techniker“. Keine Diskriminierung von Hochschulingenieuren mit technischer Vorbildung. Das Schlußdiplom muß maßgebend sein und nicht das Reifezeugnis. Keine Blockbildung gegen die Absolventen unserer Ingenieur-Technikerschule.

FÜR DIE WEITERBILDUNG UND UMSCHULUNG ERWACHSENER

Schaffung einer Volkshochschule.

Die Wahrheit um den „Schandvertrag“

Mit welchem Maßstab unsere Parteien den Luxemburger Wähler bemessen, beweist die Tatsache, daß sie fest daran glauben, die Schande vom 19. Mai 1961 wäre am 7. Juni 1964 vergessen. Vergessen von den Zwangsrekrutierten, vergessen von der Luxemburger Resistenz, vergessen vom Luxemburger Steuerzahler.

Die CSV glaube doch wirklich nicht, daß „Reparationen im Wert von 1,2 Milliarden“ die Schmach eines 19. Mai löschen könnten? Das Parti Démocratique schreibt von der „Auszahlung eines Vorschusses von 1,2 Milliarden“. Dabei aber

steht klipp und klar im Vertragstext, daß mit denen in dem Vertrag vereinbarten Leistungen der Bundesrepublik Deutschland alle Forderungen abgegolten sind, die darin Gegenstand einer Regelung finden.

Wen wollen beide Parteien also heute wieder aufs Auge drücken? Den Luxemburger Wähler natürlich!

Das M. I. P. aber hält es mit der Wahrheit. Diese Wahrheit sieht in Wirklichkeit anders aus als durch die schwarze oder blaue Parteilinse.

Abrechnung des Vertrages

a) Wie hoch ist der Schaden, den Deutschland unserer Heimat zugefügt hat?

(Es handelt sich hier ausschließlich um den Schaden, auf welchen der Vertrag Bezug hat und der endgültig geregelt werden soll)

1. Der Wiederaufbau der zerstörten Grenzbrücken:	117,5 Mill. Fr.
2. Durch deutsche Maßnahmen erlitten die privaten Versicherungsgesellschaften einen Ausfall und Schaden von	38,- Mill. Fr.
3. Verlust der Sozialversicherungen (Gelder, die Deutschland sich unrechtmäßig aneignete, also Diebstahl)	420,- Mill. Fr.
4. Luxemburg entschädigte aus eigenen Mitteln die Nazi- und Kriegsofopfer	1.500,- Mill. Fr.
Total	2.075,5 Mill. Fr.

b) Wie hoch ist die Entschädigung, die Deutschland zahlt?

1. Für den Wiederaufbau der zerstörten Grenzbrücken	55,2 Mill. Fr.
2. Als Entschädigung für die Privatversicherungsgesellschaften	19,- Mill. Fr.
3. Rückerstattung der Beträge der Sozialversicherungen	420,- Mill. Fr.
4. Entschädigung der „Victimes du Nazisme“	210,- Mill. Fr.
5. Entschädigung der „Victimes de Guerre“ (Maximum)	360,- Mill. Fr.
Total	1.064,2 Mill. Fr.

c) Was schenken oder erlassen wir Deutschland?

1. Rückerstattung des deutschen Grundbesitzes an Deutschland	13,- Mill. Fr.
2. Regelung der Härtefälle der sequestrierten deutschen Vermögen	12,- Mill. Fr.
3. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von Experten geschätzt auf	46,- Mill. Fr.
4. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von	62,3 Mill. Fr.
5. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi- und Kriegsofopfer	930,- Mill. Fr.
Total	1.063,3 Mill. Fr.

Wir haben nicht in Betracht gezogen:

1. daß wir Deutschland die Unterhaltungskosten der deutschen Militärfriedhöfe schenken bis zum Jahre 1956;
2. den Betrag, den Deutschland uns ab dieser Zeit zurückzahlt;
3. die Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes an die früheren deutschen Eigentümer;

Und für die Wahrheit tritt das M. I. P. ein.

Was geschah mit den Geldern aus dem Reparationsvertrag?

Staatsminister Werner erklärte seinerzeit sie verwenden zu wollen im sozialen Sektor (Aufbesserung der Sozialrenten, Anpassung der Familienzulagen), im wirtschaftlichen Sektor (Bau von Schulen, Hofen von Mertert, Altersheimen, Stauwerke) und zur Auswan-

diese Jugend ganz vergessen? — Wären euch Kommunisten 6000 tote Zwangsrekrutierte nicht lieber gewesen als 6000 Heimkehrer? — Wären 6000 tote Zwangsrekrutierte eurer Auffassung nach der Ehre der Heimat nicht dienlicher gewesen? — Wer wirft den Zwangsrekrutierten ihre Unterwerfung unter die Fahnen Hitlers vor? usw. usw. Weil die Zwangsrekrutierten sich ihre Freunde selbst aussuchen, ist kein Anlaß, sie zu Antikommunisten zu stempeln, oder sie als Partei des Herrn Erhard zu bezeichnen oder sie der Inkonsequenz oder sogar der Unehrlichkeit zu bezichtigen. Denn die Enrôlés de Force waren ehrliche Luxemburger Söhnehrlicher Luxemburger, die sich jedenfalls vor Juni 1941 (Kriegsausbruch mit Rußland) und vor dem 31. August 1942 dem Naziterror nicht gebeugt haben. Denn unsere zwangsrekrutierte Jugend hat ihre Heimat nicht verraten. Selbst wenn CSV und Parti Démocratique in dem ungerechten Kriegsschädengesetz der zwangsrekrutierten Jugend die patriotische Haltung nicht zuerkennen. Selbst wenn CSV und Parti Démocratique sich durch das Votum ihrer Deputierten am 19. Mai 1961 gegen die zwangsrekrutierte Jugend stellten.

Warum aber diese Gegnerschaft einer Generation gegenüber, deren Opfer im Hauptmaß zur Erhaltung der Heimat beigetragen hat? Warum lassen CSV und Parti Démocratique unsere Enrôlés de Force als Wehrdienstpflichtige des deutschen Heeresdienstes (astreints au service militaire allemand) vor der Geschichte herabwürdigen? Warum schämten sich unsere Luxemburger Unterhändler der zwangsrekrutierten Jugend und warum verteidigten sie diese Opfer des Nazismus nicht bis zur letzten Konsequenz, besonders dem Lande gegenüber, welches das große Verbrechen an ihr getan hat? Wer trägt die Schuld daran?

Selbst das „tageblatt“ rühmte anfangs diesen Schandvertrag als „Erfolg der Luxemburger Unterhändler“.

Und die sozialistischen Minister — damals regierte die schwarze Koalition — gaben ihren Segen zu dem Verhandlungsergebnis, bis . . . die Zwangsrekrutierten in vehementen Protesten und massigen Demonstrationen die Heimat auf die Ungeheuerlichkeiten des

Verlorene Pensionsjahre?

Wir fordern für alle zwangsverschleppten Luxemburger die Anrechnung ihrer zwangsweisen Abwesenheitsdauer während der Kriegsjahre als Versicherungszeit bei den bestehenden Pensionskassen.

Wir fordern für die in militärische oder paramilitärische deutsche Formationen Gezwungenen die Anrechnung ihrer zwangsweisen Abwesenheitsdauer während der Kriegsjahre als doppelte Versicherungszeit bei den bestehenden Pensionskassen. Wir fordern für die Zwangsverschleppten, Affilierten von nach der Liberation gegründeten Pensionskassen (Bauern, Geschäftsleute, Handwerker), die selbe Anrechnung ihrer Abwesenheitsdauer während der Kriegsjahre als Versicherungszeit bei ihren Pensionskassen.

batten aus; sie wichen dem Bekennen in gegenseitigem Verstehen. Einige Wochen vor den Wahlen! Wem aber war daran gelegen, vor den Zwangsrekrutierten seine Maske nicht fallen lassen zu müssen? — CSV und Parti Démocratique sind erkannte Gegner der Enrôlés de Force, sie waren es schon vor dem 5. Mai 1964. Sie konnte ein Bekennen gegen die Forderungen der Zwangsrekrutierten wahlpolitisch also nicht abschrecken. Nein, dieses Ausweichmanöver konnte nur den Sozialisten dienlich sein. An den Taten werdet ihr sie erkennen!

Dieses Erkennen hat nun endgültig stattgefunden.

Sind die Rechte der Zwangsrekrutierten vielleicht nicht erfüllbar? Die Enrôlés de Force haben auf ihre gesetzliche Gleichstellung mit allen andern Opfern des Nazismus gepocht. Sie fordern weiter nichts vom Staate Luxemburg als daß er ihre Rechte gesetzlich anerkenne. Aus dieser Anerkennung erwachsen jedoch auch materielle Folgen. Für diese aber muß der deutsche Staat aufkommen. Denn Luxemburger Bürger wollen doch nicht sich selbst den Schaden bezahlen, den Deutschland ihnen zugefügt hat.

Deutschland ist bereit zu neuen Verhandlungen zwecks Regelung des Problems der Zwangsrekrutierten. Die Enrôlés de Force haben diese Zusicherung deutscherseits am 4. Mai bekommen. Damit jedoch diese Regelung Wirklichkeit werden kann, muß der juristische Aspekt des Problemeklärt sein. Diese Klärung kann nur erfolgen dadurch, daß eine luxemburgische Regierung die Rechte der Zwangsrekrutierten gesetzlich anerkennt.

Damit aber diese Anerkennung erfolgen wird, müssen die Enrôlés de Force am 7. Juni wirkliche Freunde in die Kammer wählen.

Eltern gefallener und vermißter Söhne der Heimat! Schenkt den Kameraden eurer Söhne euer Vertrauen!

Multilierte, Kranke und Heimkehrer! Schenkt euren Kameraden euer Vertrauen!

Verschleppte in R. A. D. und K. H. D.! Ihr Refraktäre und Deserteure! Eure Kameraden des M.I.P. treten für eure Rechte ein!

Bekundet eure Kameradschaft und eure Solidarität über den Wahlzettel von 7. Juni, eure allerletzte Chance heißt: M.I.P.

Aufruf an alle Luxemburger!

Wähle M.I.P. Liste 3

Überlege richtig

RENTNER, hast du deine 13te Monatsrente erhalten?
NEIN, der Staat hat für dich kein Geld.
Wieviel Rentner hätten wohl für eine Ministeranzahlung eine 13te Monatsrente erhalten?

Keine unserer herkömmlichen Parteien mögen sich heute als Front der zwangsrekrutierten Jugend mehr aufspielen, denn keine unserer Parteien hat den Enrolés de force gegenüber ein noch wirklich unbeflecktes Gewissen. Kritik eindringlich auf die Einführung dieses Versprechens bestand, erzeugte diese Regierung ein unannehmbares Gegenstatut. Dieses erkennt die zwangsweise Rekrutierung von Luxemburger zum Reichsarbeitsdienst und zum Kriegsdienst, nicht als Nazi-Verbrechen an, obwohl Deutsch-land dafür in Nürnberg verurteilt worden ist. Ferner gesteht das Gegenprojekt eine Entschädigung nur über den Artikel 30 des Kriegsschädengesetzes zu, was eine neue Demütigung für die Zwangsrekrutierten bedeutet. Ohne von jenen anderen Punkten zu reden, die einfach kaltblütig nicht darin erwähnt werden.

Die Zwangsrekrutierten Bestanden auf ein Bekennen unserer Deputierten noch vor den Wahlen. Deshalb forderten sie die Deputierten um ihr Recht. Geschichte aber wichen unsere drei großen Parteien diesen Deputierten um ihr Recht.

Haben sie ihre Hetzartikel gegen truges an der Jeunesse Sacrifiée. nun die andern Parteien des Beiseitens unserer Parteien. Die Kommunisten bezichtigten vor sich selbst fordern die Enrolés de force gegenüber ein noch wirklich unbeflecktes Gewissen. Kritik eindringlich auf die Einführung dieses Versprechens bestand, erzeugte diese Regierung ein unannehmbares Gegenstatut. Dieses erkennt die zwangsweise Rekrutierung von Luxemburger zum Reichsarbeitsdienst und zum Kriegsdienst, nicht als Nazi-Verbrechen an, obwohl Deutsch-land dafür in Nürnberg verurteilt worden ist. Ferner gesteht das Gegenprojekt eine Entschädigung nur über den Artikel 30 des Kriegsschädengesetzes zu, was eine neue Demütigung für die Zwangsrekrutierten bedeutet. Ohne von jenen anderen Punkten zu reden, die einfach kaltblütig nicht darin erwähnt werden.

Keine unserer herkömmlichen Parteien mögen sich heute als Front der zwangsrekrutierten Jugend mehr aufspielen, denn keine unserer Parteien hat den Enrolés de force gegenüber ein noch wirklich unbeflecktes Gewissen. Kritik eindringlich auf die Einführung dieses Versprechens bestand, erzeugte diese Regierung ein unannehmbares Gegenstatut. Dieses erkennt die zwangsweise Rekrutierung von Luxemburger zum Reichsarbeitsdienst und zum Kriegsdienst, nicht als Nazi-Verbrechen an, obwohl Deutsch-land dafür in Nürnberg verurteilt worden ist. Ferner gesteht das Gegenprojekt eine Entschädigung nur über den Artikel 30 des Kriegsschädengesetzes zu, was eine neue Demütigung für die Zwangsrekrutierten bedeutet. Ohne von jenen anderen Punkten zu reden, die einfach kaltblütig nicht darin erwähnt werden.

Aufruf an alle Luxemburger!

Das M.I.P. richtet hiermit einen Appell an alle Luxemburger, gemeinsam gegen die verantwortungslosen und machtingrigen Parteipolitiker unseres Parlamentes zu kämpfen und mit den politischen Skandalen der Nachkriegszeit aufzuräumen.

Luxemburger, tretet geschlossen dem M. I. P. bei zum Wohle des Landes und zum Segen des Luxemburger Volkes.

Jeder muß mithelfen an der großen Aufklärungskampagne des M. I. P., denn nur das M. I. P. kann dem Luxemburger Volke die volle Wahrheit sagen, welche von allen politischen Parteien verschwiegen wird.

Luxemburger, unterstützt das M. I. P. moralisch und finanziell. Zum Gelingen unseres großen Zieles bedürfen wir der moralischen und finanziellen Unterstützung eines jeden Luxemburger, denkt an den 7. Juni, denkt an die Entscheidung für die kommenden Jahre.

UNSERE ADRESSE: 9, Rue de la Porte-Neuve, Bureau No 9 (1er étage), Luxembourg.

UNSER TELEPHON: 469 65

UNSER POSTSCHECKKONTO: 166-66 Luxembourg.

Multiherte, Kranke und Heimkehner! Schenkt euren Kameraden Lung mit allen andern Opfern des Nazismus gepocht. Sie fordern weiter nichts vom Staate Luxemburg als daß er ihre Rechte gegen Verschiebte in R. A. D. und K. H. D. I. Ihr Retraktäre und Deserteure! Eure Kameraden des M.I.P. treten für eure Rechte ein! Bekundet eure Kameradschaft ger wollen doch nicht sich selbst und eure Solidarität über den Wahlzettel von 7. Juni, eure aller letzte Chance heißt: M.I.P.

Und die sozialistischen Minister — damals regierte die schwarze Koalition — gaben ihren Segen zu dem Verhandlungsergebnis bis... die Zwangsrekrutierten in vehementen Protesten und massigen Demonstrationen die Heimat auf die Ungleichheiten des Schandvertrages aufmerksam machten.

Die sozialen Renten wurden inzwischen aufgebessert, die Familienzulagen wurden angepaßt, Schulen, Heime, Stauwerke und Brücken wurden errichtet.

Nur jenen, deren Rechtsanspruch unsere Parteien geopfert haben, wurde keine Satisfaktion gegeben, weder moralisch noch finanziell.

Was bleibt uns also noch von diesem sogenannten Wiedergutmachungsvertrag?

1. daß wir Deutschland die Unterhaltungskosten der deutschen Militärliegeplätze schenken bis zum Jahre 1956;

2. den Betrag, den Deutschland im sozialen Sektor (Aufbesserung der Sozialrenten, Anpassung der Familienzulagen), im wirtschaftlichen Sektor (Bau von Schulen, Häfen von Mervit, Altersheimen, Stauwerken) und zur Ausmerzung von Härtefällen, Ungerechtigkeiten und Diskriminationen, die unser ominöses Kriegsschädengesetz geschafften hat.

3. die Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes an die früheren deutschen Eigentümmern;

4. den Betrag, den Deutschland uns für „Assurances-Vie“ zurückerstattet und der auf 17 Mill. geschätzt wird.

Was bleibt uns also noch von diesem sogenannten Wiedergutmachungsvertrag?

5. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

6. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

7. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

8. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

9. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

10. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

11. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

12. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

13. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

14. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

15. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

16. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

17. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

18. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

19. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

20. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

21. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

22. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

23. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

24. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

25. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

26. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

27. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

28. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

29. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

30. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

31. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

32. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

33. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

34. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

35. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

36. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

37. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

38. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

39. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

40. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

41. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

42. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

43. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

44. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

45. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

46. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

47. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

48. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

49. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

50. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

51. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

52. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

53. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

54. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

55. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

56. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

57. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

58. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

59. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

60. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

61. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

62. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

63. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

64. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

65. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

66. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

67. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

68. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

69. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

70. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

71. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

72. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

73. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

74. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

75. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

76. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

77. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

78. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

79. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

80. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

81. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

82. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

83. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

84. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

85. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

86. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

87. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

88. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

89. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

90. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

91. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

92. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

93. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

94. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

95. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

96. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

97. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

98. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

99. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

100. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

101. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

102. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

103. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

104. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

105. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

106. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

107. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

108. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

109. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

110. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

111. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

112. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

113. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

114. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

115. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

116. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

117. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

118. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

119. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

120. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

121. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

122. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

123. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

124. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

125. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

126. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

127. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

128. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

129. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

130. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

131. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

132. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

133. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

134. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

135. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

136. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

137. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

138. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

139. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

140. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

141. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

142. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

143. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

144. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

145. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

146. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

147. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

148. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

149. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

150. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

151. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

152. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

153. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

154. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

155. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

156. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

157. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

158. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

159. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

160. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

161. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

162. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.

163. Luxemburg trägt die Wiederaufbaukosten der Grenzbrücken bis zu einem Betrag von 62,3 Mill. Fr.

164. Luxemburgs Anteil an der Entschädigung der Nazi-Experten geschätzt auf 46,- Mill. Fr.

165. Rückgabe des Kammerwaldes an Deutschland von 12,- Mill. Fr.</

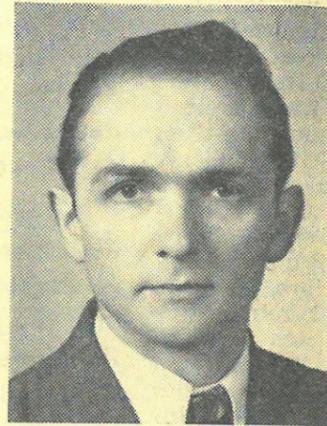
WAHLBEZIRK SÜDEN - Kandidaten des M.I.P.



CHLECQ Edmond
Privatbeamter, Ing.-Techniker
Esch-Alzette



CLOSTER François
Schlosser-Handwerker
Esch-Alzette



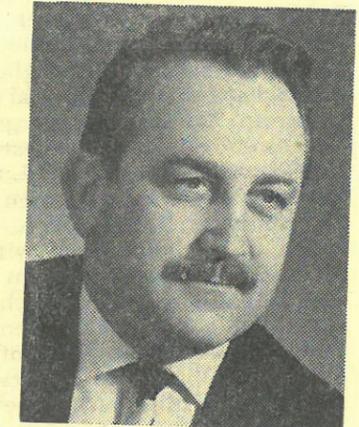
DICHTER Jean gen. Math.
Geschäftsmann
Esch-Alzette



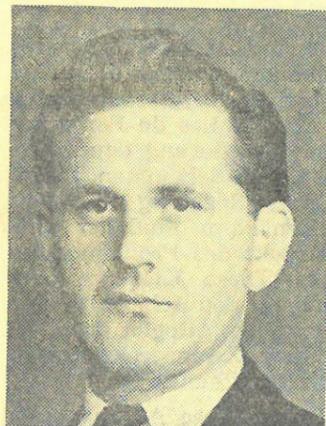
ECKER Joseph
Elektriker-Handwerker
Mitgl. der Arbeiterkammer
Differdingen



HOUSS Albert
Privatbeamter
Mitgl. d. Privatbeamtenkam.
Esch-Alzette



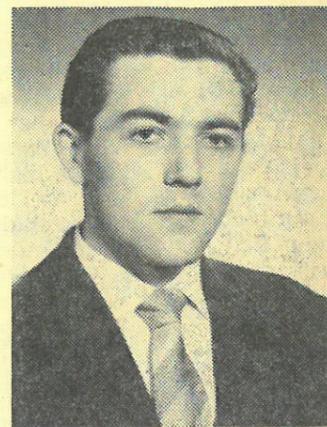
HULSEMANN Willy
Geschäftsmann, Wirt
Luxemburg



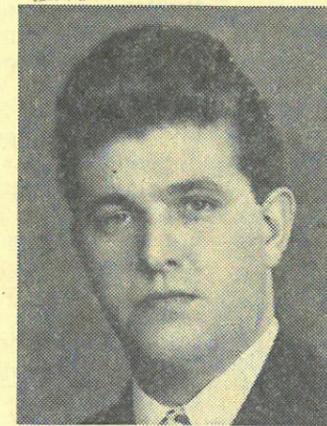
KLEIN Georges
Maler, Bildhauer
Kayl



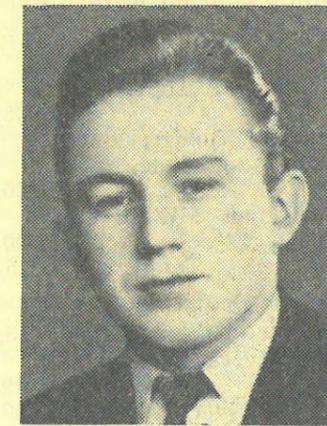
MERSCH Charles
Geschäftsmann
Luxemburg



MULLER Justin
Schlosser-Handwerker
Düdelingen



MULLER Mathias
Geschäftsmann
Generalagent STAR GAS
Monnerich



ORIGER Jean
Privatbeamter
Sassenheim



REISCH Joseph
Privatbeamter, O'werkmeister
Esch-Alzette



REMAKEL Arthur
Eisenbahnbeamter
Bettemburg



RISCH Ady
Eisenbahnbeamter
Cessingen



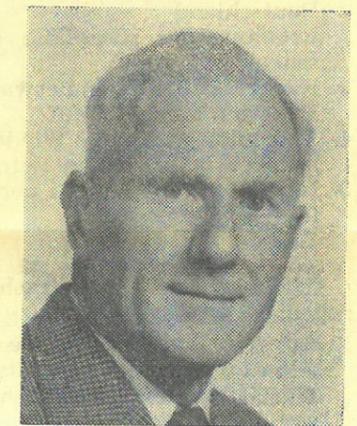
Mme SAEUL-HERKES
Hausfrau
Petingen



SCHMIT Jean
Privatbeamter, Ing.-Techn.
Esch-Alzette



SCHMIT Nicolas
Hochofenarbeiter
Düdelingen



SERVAIS François
Diplom-Ingenieur
Bereldingen



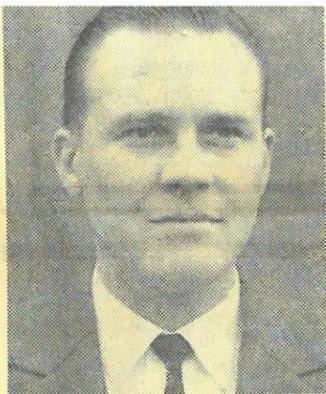
REMAKEL Arthur
Eisenbahnbeamter
Bettemburg



RISCH Ady
Eisenbahnbeamter
Cessingen



Mme SAEUL-HERKES
Hausfrau
Petingen



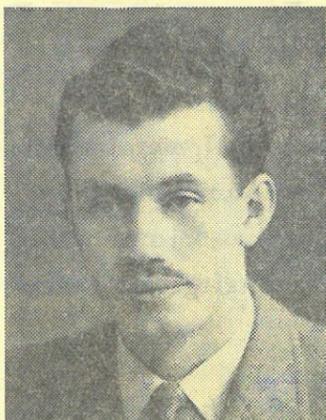
SCHMIT Jean
Privatbeamter, Ing.-Techn.
Esch-Alzette



SCHMIT Nicolas
Hochofenarbeiter
Düdelingen



SERVAIS François
Diplom-Ingenieur
Bereldingen



STRACKS Arsène
Arztgehilfe
Instruktor der Secouristen
Petingen



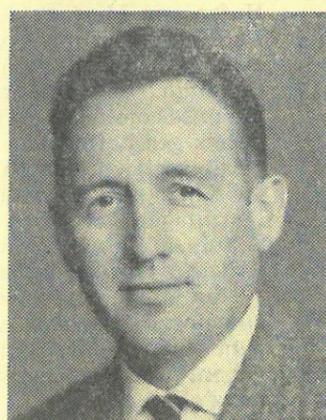
TIX Roby
Rohrschlosser-Handwerker
Esch-Alzette



TOUSSAINT René
Schlosser-Handwerker
Differdingen



WACK Edouard
Walzenbauer
Schlosser-Handwerker
Oberkorn



WALLERANG Nicolas
Eisenbahnbeamter
Bettemburg

**Wähle
M.I.P.
Liste 3**

SOLDATENZEIT SCHÖNE ZEIT... verplempert!

So wie sich unsere Parteien seit 20 Jahren den Utz mit der Jeunesse Sacrifiée leisten, so treiben sie ihr unmenschliches Spiel auch mit unserer militärpflichtigen luxemburgischen Jugend. Den Eltern unserer Jugend gibt man leere Wahlversprechen, die man in Wirklichkeit nie zu halten gedenkt. Es versprochen 1951 die Sozialisten die Abschaffung des Militärdienstes. Sie vergaßen jedoch ihr Versprechen, und sie halfen in Gegenteil der CSV emsig beim Aufbau des GTR.

1959 kündigte der Parti Démocratique ein fertiges **Armee reformprojekt** an, das die Militärdienstzeit auf 6 Monate reduziere. Was sie fertigbrachten, die Demokraten, war einzig und allein die Desorganisation unserer schon wackeligen Militärstruktur.

Und nun ziehen die Parteien wieder in die Wahlen. Wieder machen sie große Versprechen in punkto Armee, aus welchem unheilvollem Durcheinander kaum noch ein anderer Ausweg bleibt,

als die radikale Auflösung dieser nutzlosen, aber kostspieligen Armee. Denn eine Armee, die keine Armee ist, brauchen wir nicht. Das Wohl und die Zeit unserer Jugend ist uns zu kostbar zum Soldatspielen als Zeitvertreib.

Daß unsere Armee keine Armee ist, das kann jeder Luxemburger den Debatten der Kammer entnehmen.

Die Kommunisten zitieren dort kleine Geschichtchen. Übertreiben sie? — Leider nicht. Sie erzählen nur nicht alle diese kleinen „Abwechslungen“, die bei der „Letzeburger Armee“ sich ereignen:

„Man schikaniert die Soldaten noch immer nach preußischem Vorbild. Soldaten, die die Zielscheibe verfehlen, müssen zu ihr durch den Kot „robben“. Ein höherer Offizier stieß einen Soldaten mit dem Fuß in den Rücken, weil er seine Waffe nicht richtig handhaben konnte.

Ein Offizier bezeichnet die Soldaten, die sich draußen über die Schikaniierung

gen in der Armee beklagen, als die 5. Kolonne. Obschon unsere Armee von christlich-sozialer Seite aus als Schule der Nation bezeichnet wird, gibt es Armeeausbilder, die sich vor den Soldaten brüsten, im letzten Krieg 15 Russen umgelegt zu haben oder in Syrien Juden totgeschlagen zu haben, oder im Koreakrieg Chinesen den Schädel mit einem Spaten zertrümmert zu haben.

Durch die Explosion einer Phosphorgranate erlitten 2 Rekruten in Diekirch Brandwunden zweiten Grades. Die Verletzten mußten 2 Stunden warten, bis ein Arzt aus Differdingen eintraf.

Beunruhigend wirken auch die zahlreichen Unfälle der Armeeautos. Wiedereinberufene, die während Jahren nicht mehr Auto fuhren, werden sofort bei ihrem Rappel wieder ans Steuer gesetzt, um Soldaten zu transportieren.

Auch auf technischem und administrativem Gebiet offenbart sich die unverantwortliche Verschleuderung unserer Armeegelder. Anscheinend soll der Schießstand bei Hoescheid, der 40 Millionen kostete, wieder abmontiert werden, weil es sich erwies, daß er sich nicht für diesen Zweck eignete.

Von 1959-1964 wurden 1 366,2 Millio-

nen in die Armee investiert. Trotzdem verfügt die Armee nicht über ein ausgebildetes und vollständiges NATO-Interventionsbataillon, sie verfügt weder über ausgebildete Territorialtruppen noch über anständiges Material.

Eine Armeeführung, die so kläglich versagte, müßte zur Rechenschaft gezogen werden. Nur Leute mit fixen Ideen konnten an einer solch mangelhaften Organisation jahrelang festhalten.

Was geschieht, wenn man nicht genügend Freiwillige anwerben kann? Bis zum 10. März sollte man 120 Freiwillige haben und bis zum 11. September 200. Bis zum 1. März hatten sich aber insgesamt nur 90 Mann gemeldet. Wie will man das NATO-Bataillon zusammensetzen? Auf dem Papier ist ja alles erledigt, die Auszeichnung hierfür wurde bereits vergeben. Gibt es eine Ersatzlösung und worin besteht sie? Welche Kriterien gibt es für die Abnahme und Ablehnung der Freiwilligenkandidaten?

Wehrlos und voller Schuld steht der Parti Démocratique all diesen Beschuldigungen gegenüber. Er hat seine Ver-

sprechen von 1959 nicht wahr gemacht, denn in punkto Armee haben die Demokraten kläglich versagt.

Wir fordern, daß unsere Jugend nicht weiter zu größenwahnsinnigen Ideen einer demnächstigen Koalition mißbraucht werde. Unser Land ist außer Stande unserer rekrutierten Jugend eine wirksame militärische Ausbildung angeeignet zu lassen. Der Beweis ist erbracht!

Ersparen wir dem Lande also unnütze Vergeudung von Staatsgeldern; ersparen wir dem Lande unsern lächerlichen Größenwahn; ersparen wir unserer Wirtschaft die unnütze Verschwendung von jungen Arbeitskräften.

Ersparen wir besonders unserm Volke — wenn der Ernstfall einst eintreten sollte — eine zweite „Jeunesse Sacrifiée.“

**Darum fort mit der Armee!
Zurück zum Freiwilligensystem!
LAND UND VOLK ENTSCHIEDEN!
Nicht ein Außenminister!
Nicht eine Regierungskoalition!
Nicht ein Parlament!**

DAS FORDERT DER M.I.P.